Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 9 (1929-1930)

Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

formell auf dem Niveau eines sklavischen Diebessinns stehenden Polygamie lebt und nur der weitaus geringste Bruchteil eine der Idee der Sache entsprechende gesunde, lebendige, geistig-moralisch förderliche Auswirkung erfährt.

Nun wollen wir noch einige Worte über die Bücher sagen, welche uns zu diesen Betrachtungen Anlaß boten. Pfister ist nicht nur einer der ältesten Kämpen der Psychanalyse, sondern vielleicht auch der, welcher am frühesten aufbauende Gesichtspunkte in sie hineinbrachte — dank seiner nie aufgegebenen höheren Weltanschauung. Seine Schriften sind trotz ihrer schnellen Folge durchaus sorgfältig und kritisch. Bedenklich könnte höchstens die resolute Art sein, mit welcher er das Christentum auf eine lebenstüchtige, in Hilfsbereitschaft und gesunder Werkmoral ihren Schwerpunkt besitzende, im besten Sinne bürgerliche Form einschränkt und alle hochfliegenderen, „mystischen" Ausprägungen wegzuanalysieren unternimmt. Es ist zuzugeben, daß für die große Masse der neurotischen Fälle diese Einstellung durchaus angebracht und heilsam ist; jedoch könnte darüber gelegentlich ein Ungenügen gegenüber etwa entgegentretenden wirklich spezifischeren und ausschließlicheren Religionsformen sich ergeben. Bei Liertz stört die Schwäche des Systematischen und der höchst ungepflegte Stil. Doch behalten Krankengeschichten wie die S. 100/200 ihren unschätzbaren Wert. Kein Strindberg vermöchte diese unretuschierte Photographie der jahrelangen Hölle eines Ehelebens ersetzen, in welcher beide Teile Gepeinigte und beide Peiniger sind und eine niederschmetternde Vision von der Blindheit und Machtlosigkeit alles guten Willens sich auftut. Das Buch von Mäder enthält starke Bekenntnisse zu christlichen Gedanken als Krönung der psychanalytischen Hilfeleistung, hat aber nichts über das tiefere Verhältnis der beiden Gedankenströme zu sagen, dessen Bestimmung keinesfalls entbehrt werden kann.

Im ganzen scheint uns mit den in solchen Büchern angedeuteten Entwicklungen ein großer Schritt getan, um dem positiven und bleibenden Wert der Psychanalyse, welcher hinter den unvermeidlichen Übersteigerungen zweifellos vorhanden ist, endgültig in das allgemeine Kultur- und Geistesleben einzugliedern.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Von der Landsgemeindedemokratie und den kantonalen Parlamenten. — „Rekonstruktion eines Mehrheitsorgans". — Gonzague de Reynold und die liberale Demokratie.

Die Landsgemeindedemokratie ist der lebendigste Gegenbeweis gegen die da und dort immer etwa noch gern gehegte Vorstellung, als ob die wirkliche Demokratie in der Schweiz erst vor hundert Jahren ihren Anfang genommen habe.

Der Liberalismus ist, zwar nicht als regenerierende Bewegung, aber seiner Form der repräsentativen Demokratie, des Parlamentarismus nach spurlos an ihr vorbeigegangen. Der Landrat der Landsgemeindekantone ist auch im liberalen Zeitalter keine „Volksvertretung" geworden, sondern neben dem sich in der offenen Landsgemeinde Haupt und Gesetz gebenden Volk das bescheidene Organ zur Vorberatung des Textes von Gesetzesvorlagen und zur Besorgung der kleinen laufenden Geschäfte während des Jahres geblieben, wie ehedem und wie er es heute noch ist. Aber selbst da, wo wie in Uri, die offene Landsgemeinde nicht mehr als taugliches Organ der staatlichen Willensbildung angesehen wird, tritt, wie man der Vorlage von Regierung und Landrat von Uri an das urnerische Volk entnehmen kann, nicht etwa eine Volksvertretung, ein Parlament an Stelle der abgeschafften offenen Versammlung des Volkes. Das Volk übt ganz einfach seine souveränen Rechte anstatt in offener Versammlung mit dem geheimen Stimm- und Wahlzettel. Der Landrat bleibt, was er bisher war — wenn wenigstens nicht der Vorschlag der Regierung, die Wahl des Landammanns und des Statthalters künftig dem Landrat zu übertragen, Annahme findet. Die urnerische Verfassung unterscheidet sich dann in nichts Wesentlichem von jenen andern kantonalen Verfassungen, die Ende der sechziger Jahre die liberale Demokratie zur Hauptsache in eine unmittelbare Demokratie umwandelten und damit in der Gewaltenverteilung sich wieder weitgehend der altschweizerischen Demokratie aus der Blütezeit der eidgenössischen Staatswesen im ausgehenden Mittelalter angenähert hatten. Nur darin wird noch immer ein Unterschied bestehen — er kommt verfassungsmäßig darin zum Ausdruck, daß das Volk in Uri seine Rechte wie bisher am ersten Maisonntag ausübt, d. h. zur Urne schreitet —: in den Kantonen mit ehemaliger Repräsentativverfassung gibt sich das kantonale Parlament noch immer ein Gehaben, das an seine entscheidende Stellung im Staat zu liberaler Zeit erinnert; während auch im ehemaligen Landsgemeindekanton die landrätliche Zwischengewalt nie über ihr bescheidenes Ansehen hinauskommen dürfte.

Wie wichtig die kantonalen Parlamente in den ehemals repräsentativen Kantonen sich auch heute noch nehmen, kann man so recht bei ihrer Neubestellung, wie sie soeben in mehreren Kantonen stattfindet, sehen. Die innere Anteilnahme des Volkes an diesen Wahlen ist allerdings sicherlich viel geringer, als man aus dem von den unmittelbar interessierten Parteien und Ratsmitgliedern darum herum gemachten Lärm schließen könnte. Das Ergebnis ist ja auch überall, trotz des Aufwandes, so ziemlich das gleiche — höchstens eine Verschiebung von ein paar Sitzen — und entsprechend bleibt auch künftig alles wie bisher beim gleichen. Eine Änderung des ganzen unerfreulichen Zustandes unseres politischen Lebens tritt nicht ein. Das merkt sich schließlich der einzelne Stimmbürger, für den die Politik eigentlich doch dazu da ist, ihm eine gute Regierung und gute Gesetze und öffentliche Verhältnisse zu sichern, aber nicht, um Parteien und Einzelnen als Streit- und Zankobjekt zu dienen. Aber selbst manchen Parteiangehörigen, der sich in aufopfernder Arbeit in den Dienst seiner Parteisache stellt, beschleichen Zweifel über die Sinngemäßheit seines Tuns, weiß er doch am besten, wie geistig arm dieser Wahlkampf heute nachgerade ist und wie wenig ernsthafter Wille hinter dem Wortschwall der Wahlaufrufe und Wahlprogramme steht. Wenn es nur mit dem Bessermachen leichter wäre!

* * *

Dr. Eduard Lauchenauer hat im „Aargauer Tagblatt" die Ausführungen unserer letzten „Umschau" über die Möglichkeit einer Entwicklung des politischen Parlaments zum berufsständischen besprochen. Er hält die Einführung eines derartigen „andern Organisationsprinzips der Demokratie" weder für zweckmäßig noch für durchführbar, sondern möchte den Ausweg in einer „Rekonstruktion eines Mehrheitsorgans" erblicken. Allerdings könne die freisinnige Partei in ihrer bisherigen Form und zur Zeit diese Funktion kaum ausüben; ohne sie könne es allerdings auch niemand. Für eine „bürgerliche Einigung" anderseits, von der man augenblicklich viel schreibe, biete „die Bekämpfung der Sozialdemokratie kein ausreichendes Programm". Aber „die Bil-

dung einer Mehrheit, welche gewillt ist, geschlossen die Verantwortung im Lande zu tragen, ist der Angelpunkt eines nationalen Programms".

Als letztes Ziel muß uns sicherlich eine den Staat tragende Mehrheit vorschweben. Ehe nicht eine solche vorhanden ist, wird von einer wirklichen Gesundung des politischen Lebens nicht geredet werden können. Von welcher heutigen Partei aber sollen wir erwarten, daß sie sich zu einer solchen tragfähigen Mehrheit auswächst? Man hat lange Zeit mit der Sozialdemokratie gerechnet; ihr theoretischer Unterbau hat aber organische Mängel und ihr praktisches Ziel ist zu sehr nur auf städtisch-industrielle Verhältnisse zugeschnitten. Was wir uns heute als Mehrheit vorstellen können, ist daher immer nur ein Zusammengehen von Minderheiten — von Fall zu Fall. Mit andern Worten, gerade das, was wir heute bereits haben: Parteiwirtschaft, Kompromißwesen, Lähmung jeglicher großzügigen Gesetzgebung und Reformtätigkeit, Erstarrung des Staatslebens, Entartung des Parlamentsbetriebes u. s. w. Mussolini und Lenin haben die Parteien mit Gewalt zerschlagen und sie durch eine neue Mehrheit zu ersetzen gesucht. Wir halten, solange noch irgend eine andere Möglichkeit besteht, keinen der beiden Wege für nachahmenswert. Eine solche Möglichkeit bietet aber beispielsweise eine Parlamentsform, die einerseits durch Beschneidung der Befugnisse des Parlaments die Überbetonung, die die politischen Parteien heute im Staat genießen, beseitigt, und anderseits durch den Zwang zu sachlicher Arbeit am Staatsganzen, an dessen Gedeihen schließlich jede Berufs-, Weltanschauungs- und andere Gruppe interessiert ist, die überlieferungs- und gefühlsmäßigen Gegensätze der heutigen Parteien in den Hintergrund schieben hilft. Auf diesem Umweg könnte allmählich die Bildung einer neuen Mehrheit vorbereitet werden.

Voraussetzung, daß es dann jemals auch zu einer solchen Mehrheitsbildung kommt, ist allerdings die Überbrückung eines andern Gegensatzes: des Gegensatzes oder Zwiespaltes, der unser heutiges Bildungswesen und geistiges Leben durchzieht. Hochschulbildung bedeutet heute nicht mehr zugleich geistige Führerschaft. Als ob ihnen der Blick für das Wirkliche und Lebendige durch eine Art Überwissen verbaut wäre, finden diejenigen, die im Besitze letzten Wissens sein sollten, nicht mehr den Zugang zu den Nöten und Bedürfnissen des Volkes. Umgekehrt vermögen sich diejenigen, die als Vertreter des Volkes auftreten und im Handwerklichen der Politik beschlagen sind, nicht über den Gesichtspunkt des taktischen Vorteils für die Partei oder Person zu erheben. So klafft eine Lücke, deren Ausfüllung vielleicht das Allerdringlichste der ganzen Gegenwart ist. Sie hängt ihrerseits aber wieder zusammen mit Fragen, die weit über den Rahmen jedweder Partei- und Kantonalpolitik hinausreichen und uns bewußt werden lassen, daß wir geistig in größeren, europäischen Zusammenhängen stehen und daß wir jenen Fragen gewachsen oder nicht gewachsen sein werden, je nach dem Grad der Lebendigkeit und der Art dieser Zusammenhänge.

Darum sei diesmal auf eine Veröffentlichung und die in ihr vertretene geistige und politische Richtung hingewiesen, die bewußt in europäischen Zusammenhängen steht, die zu ihrer Aburteilung des Bestehenden von ganz anderen Voraussetzungen ausgeht als wir, die wir in Ziel und Richtung für gleich abwegig halten, die aber demjenigen, der sich in sie vertieft, dennoch reichlichen Gewinn einträgt, und wäre es nur durch Herausforderung zum Widerspruch und der damit verbundenen Klärung des eigenen Standpunktes. Wir meinen das Buch des katholischen Welschfreiburgers und Berner Hochschullehrers Gonzague de Reynold über „Die Demokratie und die Schweiz" (Edition du Chandelier, Bern, 1929; 370 S.). Reynold ist nicht nur einer der Mitbegründer und geistigen Führer der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Seine Gedankenwelt hat auch unter der jüngeren Bildungsschicht der welschen Schweiz Schule gemacht, und es lohnt sich auch schon aus diesen Gründen, sich damit eingehender zu befassen.

* * *

„Ob man es wolle oder nicht: die Frage des Regimes ist in der Schweiz gestellt. Das heißt zwar nicht, daß die Schweiz im Begriff steht, durch eine Re-

volution von links oder rechts ihre Demokratie zu verlieren. Aber es heißt, daß wir in unserer Geschichte an einem Punkt angelangt sind, wo wir die Vorstellungen, unter denen wir seit dem Fall des Ancien Régime gelebt haben, einer Durchsicht unterziehen müssen... Es ist an der Zeit, daß wir in unserer Geschichte unseren Daseinsgrund und Belehrung und Voraussicht der Zukunft suchen."

Reynolds Buch ist denn auch eine Darstellung der Schweizergeschichte von ihren Anfängen bis zur jüngsten Gegenwart, ja über diese hinaus bis in eine vorausgeschaute Zukunft hinein. Schon letzterer Umstand deutet an, daß es sich dabei nicht um ein Werk handelt, das sich die Förderung der Einzelforschung zum Ziel setzt, noch um ein Handbuch für den Gebrauch der Schule und der Allgemeinheit. Was Reynold hier bieten will, ist vielmehr letzte Zusammenschau aller Ergebnisse der Einzelforschung, bezogen auf die unmittelbare Gegenwart, oder richtiger: auf eine erstrebte Zukunft. Diese Art Geschichtsschreibung ist „eine Kunst, eine Architektur, ein Erschauen, ein Aufruf". Wer wollte in unserer Zeit des vielfach zur zusammenhanglosen Einzelforschung ausgearteten Wissenschaftsbetriebes die Notwendigkeit und den Nutzen derartiger, aus den Gesichtspunkten der unmittelbaren Gegenwart geschöpfter und in den Dienst des Lebens gestellter Geschichtsschreibung leugnen? Wenn wir trotzdem das Geschichtsbild, wie es Reynold von der Schweiz entwirft, zur Hauptsache ablehnen, dann ist das nicht wegen der Methode, durch die es zustande gekommen, sondern weil wir seinen Inhalt in den Hauptzügen für nicht mit den letzten Gegebenheiten der Geschichte unseres Volkes übereinstimmend halten.

In der Verfassung von 1848 erblickt Reynold zwei organische Mängel. Um nur ja nicht an die aristokratische Herrschaft erinnert zu werden, habe man es unterlassen, durch eine Zentralgewalt einen festen Punkt der Verantwortung zu schaffen und sich so gegen die Auswirkungen des Parlamentarismus vorzusehen. „Die Verfassung von 1848 hatte es nicht gewagt, die amerikanische Verfassung bis zu ihrem Präsidenten nachzuahmen." Sie versagte sich, „an die Spitze der Schweiz einen Landammann zu stellen, trotzdem der Landammann doch eine der glücklichsten Erfindungen des napoleonischen Genies gewesen war, die dem Amt und dem Namen nach aus der schweizerischen Überlieferung stammte." Der Bundesrat, zu dem sie ihre Zuflucht nahm, „ist mehr eine Körperschaft als eine Regierung. Er ist zugleich mehr und weniger als eine Regierung... Mehr, weil er ein kollektiver und konstitutioneller Souverän an der Spitze der Eidgenossenschaft ist und als solcher eine unbewegliche Stabilität besitzt. Er ist kollektiv beinahe unverantwortlich... Der Bundesrat ist aber auch weniger als eine Regierung: er ist nur ein höheres Organ der Verwaltung."

Dadurch, daß er seiner Regierung eine solche Stellung zuschiebe, gebe der Schweizer sich nur Rechenschaft von „seiner ererbten Unfähigkeit für wirkliche Politik: Er sucht sich aus der Sache zu ziehen, indem er jede politische Frage in eine wirtschaftliche Frage verwandelt und entsprechend seine eigene Regierung in einen Verwaltungsrat. Auf diese Weise läuft man Gefahr, von außen regiert zu werden durch diejenigen Mächte, die Politik treiben." Man wird nicht bestreiten, daß diese Bemerkung Reynolds — wer selbst nicht Politik treibe, laufe Gefahr, von den Politik treibenden Mächten beherrscht zu werden — genau wie auch die folgende Bemerkung sicherlich richtig ist: „Ein Land, das keine Außenpolitik hat oder haben will, und diese ohne bestimmte Ziele, ohne genügende Mittel läßt, läuft Gefahr, eines Tages feststellen zu müssen, daß seine innere Politik aufgehört hat, selbständig zu sein... Denn es ist unmöglich für eine Partei, eine Regierung, ein Regime, für ein ganzes Volk, und sei es noch so einig und zur Abwehr ausländischer Einflüsse entschlossen, auf die Länge seine nationale Stellung zu wahren, wenn es unfähig ist, eine internationale Stellung einzunehmen."

Nur steht damit keineswegs fest, daß ein solcher Zustand einzig die Folge „ererbter Unfähigkeit für wirkliche Politik" ist. Es könnte beispielsweise weitgehend die Folge der Zusammensetzung dieses Landes sein. Den zweiten organischen Mangel in der Bundesverfassung von 1848 sieht Reynold nämlich

darin, daß „das Gleichgewicht zwischen den Kantonen und der Eidgenossenschaft, zwischen den zwei Grundsätzen des Föderalismus und Zentralismus", das sie herstellte, kein „beständiges" sein konnte. „Die Verfassung von 1848 hat den Bedürfnissen ihrer Zeit bewundernswert entsprochen, aber sie hat, wie alle Kompromisse, kein dauerndes Gleichgewicht hergestellt... Unter der Erschütterung einer großen europäischen Krisis offenbarte sie alle ihre Unzulänglichkeiten... Zwischen den beiden Teilen der Schweiz (dem deutschen und dem lateinischen) bestehen grundsätzliche Verschiedenheiten in den politischen und gesellschaftlichen Anschauungen. Hier liegt der wirkliche Graben und darum hat der durch die Verfassung von 1848 zwischen Föderalismus und Zentralismus geschaffene Gegensatz seit Kriegsende diese Schärfe angenommen... Da der Krieg alles in Frage gestellt hat, ist die geistige Stellungnahme bestimmter und klarer als vorher. Man sieht besser und tiefer, was die deutsche und die lateinische Schweiz, den Protestanten und Katholiken, den Bürger und Sozialisten, den Radikalen und Konservativen, die alten und die neuen Generationen scheidet. In solcher Zeit wäre es gefährlich, auf Zentralisation zu drängen und mit Mehrheitsentscheiden eine künstliche Einheit herstellen zu wollen. Die gegenwärtige Schweiz kann nicht mehr mit den Methoden von 1848 und 1874 regiert werden."

Was Reynold mit einer stärkeren Zentralgewalt, die einen festen Punkt der Verantwortlichkeit bilden könnte, will, ist daher auch etwas ganz anderes, als man sich natürlicherweise darunter vorstellt: „Eine Zentralgewalt, stark in ihren begrenzten Befugnissen, wäre eine unbedingte Notwendigkeit. Aber diese Gewalt müßte von den Kantonen ausgehen und im Namen der Kantone und unter deren Aufsicht ihre Regierungstätigkeit üben... Es genügte zu dem Zweck eine einzige Kammer, eine erweiterte Tagsatzung, mit Vollmachten, die die alte Tagsatzung nicht hatte, die aber einzig und allein die Vertretung der Kantone fortsetzte." Der Kanton soll künftig wieder zum eigentlichen Träger des politischen Lebens werden: „In erster Linie drängt sich eine Wiederherstellung des Föderalismus auf... Im Kampfe gegen eine Zentralisation, deren Ergebnis vielmehr Scheidung als Einigung wäre, müssen die Kantone selbst das Beispiel geben."

Daß unter solchen Gesichtspunkten die Verfassungsänderung von 1874 noch als eine Verschlimmerung der schon in der 1848er Verfassung vorhandenen Fehler erscheinen muß, ist ohne weiteres klar. „Die Revision von 1874 hat eine viel tiefer gehende Revolution hervorgerufen als diejenige von 1848... Von da an ist der föderalistische Staat Stück für Stück, ohne heftige Erschütterung, auf verfassungsmäßigem Wege, zusammengebrochen." Habe der Liberalismus seinen Erfolg, die gewaltige Entwicklung der Großindustrie „mit dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, mit dem Sozialismus bezahlt", so habe die unmittelbare Demokratie von 1874 zwar der Schweiz zu bisher ungeahntem Ansehen im Ausland verholfen, zugleich aber zum Fortschreiten des Sozialismus und zum Bruch des notwendigen Gleichgewichts zwischen Arbeiter und Bauer geführt. Der Sozialismus aber bedeutet schließlich „das Ende, oder wenn man will, die äußerste Abirrung der Demokratie. Er bezeichnet das Ende des Zeitalters der demokratischen Herrschaft".

Was soll aber dann folgen, wenn es mit der Herrschaft der Demokratie zu Ende ist? „Die politischen Ordnungen lassen sich immer auf drei Urformen zurückführen: Monarchie, Aristokratie, Demokratie. Wenn die Menschen eine der drei Regierungsformen erschöpft haben, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zwischen den zwei andern zu wählen." Reynold entscheidet sich nicht eindeutig für Monarchie oder Aristokratie. Immerhin bekundet er eine gewisse Vorliebe für die Monarchie, wie etwa in der Äußerung: „Die Schweiz hätte leicht, ohne mit ihren Überlieferungen zu brechen, und ohne im mindesten ihre Freiheiten zu beeinträchtigen, eine Monarchie in der Art der belgischen oder norwegischen Monarchie werden können." Ein wesentliches Mittel zur Erreichung seines Zieles erblickt Reynold ferner in der korporativen Umgestaltung des Staates: „Der Staatssozialismus kann nur durch die Korporation bekämpft und der Föderalismus nur durch die Korporation wieder hergestellt werden... Die

Korporation ist das einzige Mittel, dem Kampf der Klassen die Zusammenarbeit der Klassen entgegenzustellen." Über die Rolle der einzelnen Parteien bei dieser künftigen Umgestaltung des Staates äußert er sich wie folgt: „Die richtungsloseste ist die freisinnige Partei. Sie fühlt sehr wohl, daß ihr Programm erschöpft, ihre geschichtliche Rolle beendet ist... Die Zukunft der Bauernpartei ist ungewiß... Schließlich bleiben nur zwei Parteien gegenwärtig als zwei anziehende Pole, zwischen denen sich die andern entscheiden oder aufteilen müssen: die Sozialisten und die Katholisch-Konservativen." Und der Zweck der Scheidung des Landes in diese zwei Kampffronten: „Es handelt sich in der Schweiz nicht darum, eine Revolution zu machen, sondern einer Revolution zuvorzukommen."

Von sozialistischer Seite wird seit langem behauptet, daß die richtunggebenden Kräfte für die eidgenössische Politik der letzten zehn Jahre im katholisch-konservativen Lager der romanischen Schweiz und ihren beiden Vertretern im Bundesrat zu suchen seien. Die Art, wie Reynold die Kampffronten gezogen haben will, wäre eine Bestätigung dafür. Wo müßte eine solche Politik aber schließlich enden? Niemand hat das besser geschildert, als Reynold selbst, als er das Verhalten der regierenden Schichten der alten Eidgenossenschaft vor ihrem Zusammenbruch darstellte: „Zwischen zwei äußersten Richtungen: einem routinierten Konservativismus ... und dem utopischen und revolutionären Jakobinismus haben die Patriziate, das politische Regime vor 1798, gezaudert. Sie hatten weder den Mut, noch die Kraft und die Einsicht, selbst die Initiative zur Reform aufzubringen. Die Tragweite der Geschehnisse entging ihnen. Unfähig, sie vorauszusehen und ihnen zuvorzukommen, verschwanden sie in dem Augenblick, als sie sich noch für die beste aller Regierungen im glücklichsten aller Länder hielten."

Es ist das Verdienst Reynolds, den ganzen Ernst unserer Lage frühzeitig erkannt zu haben. Der Liberalismus hat dem jetzt lebenden Geschlecht in der Tat ein schweres Erbe hinterlassen. Staatliche Tätigkeit erschöpfte sich für ihn in der Nur-Politik. Das Wirtschaftliche und Geistig-Weltanschauliche als treibende Kräfte der Geschichte übersah er bewußt; mit der Folge, daß einerseits zwischen Arbeit und Kapital heute ein unheilbarer Gegensatz klafft, und daß anderseits der Staat für einen Großteil des jüngeren Geschlechts geistig einen luftleeren Raum bedeutet. Wie können wir unser politisches Leben mit neuem Inhalt erfüllen und wie die heutigen Gegensätze der Klassen überbrücken? Nach Reynold, indem wir den Föderalismus des alteidgenössischen Staatenbundes sprachlich-kulturell unterbauen und dessen so neu gewonnene Stoßkraft mit den Kräften des Beharrens und der Besitzsicherung auf wirtschaftlichem Gebiet zusammen dem zentralisierenden Liberalismus und Sozialismus entgegenwerfen. Getragen werden soll eine solche Bewegung durch die Schicht der Gebildeten und der Jugend. „Wenn das Schweizervolk sich wieder erhebt, so geschieht das außerhalb des Rahmens der Wähler, über den Parteien, häufig sogar gegen sie... Eine neue Kraft treffen wir da an: die Geistigen, die Jugend... Zwischen den alten und den neuen Generationen, zwischen den Geistigen und den Politikern hat sich ein Abgrund aufgetan."

Wer wollte leugnen, daß dieser „Abgrund" vielfach besteht? Ein solches Abstandnehmen der jüngern Generation vom Bestehenden und ihren Trägern ist unvermeidlich, ja notwendig. Die innere Auseinandersetzung mit den Mächten des Beharrens und die geistige Wegbereitung des Künftigen wird sicherlich außerhalb des Rahmens der Wähler und der jetzigen Parteien stattfinden. Aber das Ziel? Kann das ein Ziel sein, zu dem man die Jugend und die Geistigen im Land aufruft: den bestehenden Staat in einen Zustand äußerer und innerer Handlungsunfähigkeit zurückzuführen? Wie richtig schildert Reynold doch die Gründe, um deretwillen die liberale und die demokratische Bewegung seinerzeit zugleich zur nationalen Bewegung wurde: „Die nationale Idee verschmolz zuerst mit dem liberalen, dann mit dem demokratischen Gedanken. Das Volk litt in der Tat unter den Intrigen und Einmischungen des Auslandes in seine inneren Angelegenheiten und empfand das Bedürfnis nach einer zentralen Re-

gierung, die, wenn es sich um die nationale Unabhängigkeit handelte, fähig war, Entscheidungen zu treffen und zu vollziehen... Sein Wirtschaftsleben war durch die Zölle und Gebühren der Kantone behindert. Weil die patrizischen und konservativen Regierungen diese Gefühle und Bedürfnisse mißachteten, und weil anderseits die liberalen Häupter ihnen Ausdruck zu geben und sie zu formulieren verstanden, folgte das Volk den letzteren als seinen natürlichen Führern."

Reynold schreibt über die Helvetische Republik, sie werde in der Schweizergeschichte „stets als eine Regierung des Auslandes fortleben". Gewiß! Und doch war sie schließlich unvermeidlich. Da keine Reform oder Revolution von innen die notwendigen Neuerungen brachte, kamen sie von außen. Dem Land ist deswegen unendlich viel Leid widerfahren. Das ist aber kein Beweis gegen die Notwendigkeit der Neuerungen, sondern höchstens eine Anklage gegen alle diejenigen im eigenen Lande, die dazu fähig gewesen wären, daß sie nicht die Neuerungen — friedlich oder mit Gewalt — selbst durchgeführt haben. Auch die liberale Bewegung der dreißiger Jahre, die in den Kantonen zum Sturz der wieder an die Herrschaft gelangten alten Geschlechter führte, hat sich weitgehend ausländischer Vorbilder und Anregungen bedient, vielleicht mehr, als unserm Staat zuträglich war. Sie erscheint heute dennoch als die nationale Bewegung, weil sie dem Volk und seinem Staat eben das gab, was es brauchte. Unser Volk leidet heute wieder unter Demütigungen und Einmischungen des Auslandes. Einem zweckmäßigen Ausbau seines Wirtschafts- und Verkehrslebens, seiner Rechts- und Bildungseinrichtungen, seiner staatlichen Organe stehen hunderterlei Behinderungen aus den bestehenden Verfassungszuständen entgegen. Diesen Gefühlen und Bedürfnissen des Volkes Ausdruck und Form zu geben, dazu rufe man das heranwachsende Geschlecht und die geistige Führerschaft im Lande auf. Gewiß ist die Erkenntnis der Unzulänglichkeit des Bestehenden der erste Schritt zum Besseren. Es darf aus ihr aber nicht ein Zurückschreiten hinter das Bestehende, es muß ein über das Bestehende Hinausschreiten daraus folgen. In diesem Sinne gilt es, eine „Revolution" zu machen und nicht einer Revolution zuvorzukommen. Denn mit allem einer Revolution Zuvorkommen ist noch nie etwas anderes erreicht worden, als ein Hinausschieben und zugleich ein Abdrängen der Revolution auf falsche Bahn.

Eines dürfen wir allerdings nicht vergessen: Wir sind nur ein Teilück eines gesamteuropäischen Zustandes. Allzu Wenige sind sich dessen heute bewußt und Reynold schreibt richtig: „Die Schweiz gewöhnte sich nach 1847 eine eigene Meinung über das europäische Leben ab." Mehr als das, sie verlor in zunehmendem, seit dem Weltkrieg in erschreckendem Maße die innere Berührung mit dem europäischen Leben. Darauf, daß Reynold, wie wenige sonst, über die Grenzen des eigenen Landes hinaus in größeren — europäischen — Zusammenhängen steht und denkt, beruhen Bedeutung und Anziehungskraft seiner geistigen und politischen Richtung. Das soll anerkannt werden, auch wenn in dem Zusammenhang, in dem er die Schweizergeschichte sich vollziehen sieht — oder sehen möchte! — unserm Volk nie eine eigenschöpferische und für Gesamteuropa wirklich aufbauende Rolle zufiel.

Reynold stellt die Geschichte unseres Volkes nämlich in einen bewußt antideutschen und anti-mitteleuropäischen Zusammenhang. Unsere politischen Grundformen: Bund, Kanton, Landsgemeinde u. s. w. leitet er von den politischen Einrichtungen der — Helvetier her. In der Gliederung Galliens in aristokratisch-militärische Republiken kündigt sich für ihn bereits die Schweiz des Ancien Régime an. Den Gedanken des Völkerbundes sieht er schon im Römischen Reich vorgelebt. Ist dessen Berufung doch die Bewahrung Europas vor den Barbaren und Hunnen. Denn Europa stellt ja nur eine Halbinsel Asiens dar. Ein Randstaatengürtel germanischer und gemischter Zivilisation, der sich beispielsweise zu römischer Zeit von der Donau zur Nordsee erstreckt, soll Europa gegen die Barbarei abdämmen. „Das sind die verbündeten Staaten des Römischen Reiches, eine neue Form des föderalistischen Gedankens... Es sind Soldaten Roms und zugleich Soldaten Christi." Die hunnische Gefahr wurde „durch eine neue Kraft, durch Europa, gebannt. Das Heer, das unter den

römischen Adlern focht, war in Wirklichkeit dasjenige einer europäischen Koalition." Reynold zieht den Vergleich zur Gegenwart: „Auf die hunnische Gefahr folgt in der Geschichte diejenige der Araber, dann der Türken. Heute ist es die bolschewistische Gefahr, da die Grenze Asiens bis nach Polen vorgerückt ist." — Warum nur wird diese asiatische Gefahr für Europa immer erst dann erkannt, nachdem dasjenige Reich, das gerne für sich die Nachfolge Roms im neuzeitlichen Europa in Anspruch nimmt, Schulter an Schulter mit Asien Europas Mitte um eine starke Eigenstaatlichkeit gebracht hat? Die Türken stürmten gegen Wiens Mauern als Verbündete des allerchristlichsten französischen Königs. Die russische Dampfwalze sollte im Weltkrieg als Verbündeter der Westmächte das Reich der Mitte zusammenwalzen. Ist dieses dann glücklich zerstückelt und machtlos gemacht, dann darf ein Gürtel verbündeter Staaten, ein „Völkerbund", zum höheren Ruhme des wahren Sachwalters der europäischen Zivilisation den Schutz Europas vor Barbarei und Hunnentum übernehmen.

Was enthält die Schweiz an einzelnen römischen Ideen, fragt Reynold weiter. Einmal ist „die Mannszucht der römischen Legion in das Blut der Schweizer übergegangen". Ferner stammt die deutsche Kaiseridee des Mittelalters aus römischen Vorstellungen: „Der Kaiser ist der Völkerbund in mittelalterlicher Form. Sollte nicht die Zuneigung der Schweizer für die Kaiser, ihre kaiserliche Politik gegen die Habsburger ein Überbleibsel einer von Rom stammenden Vorstellung sein?" Aber selbst „der schweizerische republikanische Gedanke geht auf römische Vorstellungen zurück... Wir verdanken dem römischen Reich mehr als den Barbaren." Immerhin muß Reynold zugeben: „Es ist wahr, die Alemannen haben der deutschen Schweiz und Graubünden ihr Aussehen gegeben. Daher dieser Kult, den man in der deutschen Schweiz noch den Alemannen weiht... Aber war etwa der Einfluß des deutschen Rechts so glücklich? Das deutsche Recht erscheint im Vergleich mit dem römischen in jeder Hinsicht als ein Rückschritt... Die Niederlassung der Alemannen bedeutet überhaupt einen Rückschritt... Die Alemannen zeigen sich als ein verschwommeneres, barbarischeres Volk als die andern, mit dem Gehaben von Wilden, im Grund aber mit den Sitten von Bauern... Große Politik und Diplomatie sind nie ihre Sache... Sie sind bewundernswert im Gefolge einer großen Macht, die sich ihnen von außen auferlegt und ihre Kraft anzuwenden und zu lenken versteht... Sie können eine Idee ausführen, die von andern gefaßt worden ist." Wesentlich glücklicher steht es nach Reynold mit den Burgundern, von denen die Welschschweizer sich ableiten. „Verglichen mit den Alemannen erscheinen die Burgunder überlegen... Sie sind schönere Leute als die Alemannen. Ihre Rasse ist reiner... Sie sind Staatsgründer, sie besitzen politisches Genie... Schließlich haben allein sie den Sinn für das Königliche. Sie haben wirkliche Könige, was die Alemannen wegen ihrer politischen Unfähigkeit und dem Ungenügen ihrer Kultur hervorzubringen nie im Stande sind." Wo die Alemannen etwas erreichen, erreichen sie es mit der Masse. „Vom 5. Jahrhundert bis zu Karl dem Großen und darüber hinaus gibt es eine romanische und eine barbarische, eine lateinische und eine germanische Schweiz... Der Vorteil ist auf Seite der Alemannen. Sie bilden einen Block im Mittelland... Es gelingt ihnen, die lateinische Masse nach und nach zu trennen. Diese Trennung ist vollendete Tatsache an dem Tag, an dem sie ins Oberwallis eindringen... Die lateinische Schweiz ist von da an auf drei vereinzelte Stücke ohne unmittelbare Verbindungen mit drei verschiedenen Sprachen reduziert."

Es ist hier nicht der Ort, jedes geschichtlich schiefe Urteil Reynolds im einzelnen zu widerlegen. Von jemandem, der vorwiegend nur diejenigen Abschnitte der Schweizergeschichte zu kennen scheint, wo es überhaupt noch keine Schweiz gab oder wo sich diese ausschließlich im französischen Bann- und Machtkreis und damit in Verfall befand, kann nicht viel anderes erwartet werden. Immerhin hätte sich doch auch für Reynold die Frage stellen sollen, wie die deutsche Schweiz es, wenn sie doch so jeglicher politischen und kulturellen Fähigkeit entbehrt, trotzdem fertig brachte, ein Staatswesen zu gründen, das immer-

hin das achtenswerte Alter von bald sechs Jahrhunderten erreicht hat. Vielleicht ist aber gerade dieser Umstand etwas, was Reynold immer unverständlich bleiben muß. Denn in der Tat, wenn sein Geist und nicht der von ihm als barbarisch, kulturlos und unschöpferisch gescholtene Geist des deutschen Alemannen in der Schweizergeschichte ausschlaggebend gewesen wäre, dann müßte nicht nur auf die Dauer ein weiteres Zusammenleben verschiedener Sprach- und Kulturstämme in einem gemeinsamen schweizerischen Staat als undenkbar erscheinen, sondern dann hätte es wohl überhaupt nie eine Schweiz gegeben. Auf der Achtung des Andersgearteten, nicht auf dessen Herabsetzung und Verächtlichmachung ist das eidgenössische Staatswesen gegründet. Gerade wer sich wirklich fähig und stark fühlt, hat es nicht nötig, sich seine Stellung durch Herunterreißen des Andern zu schaffen. Das gilt für das Verhältnis aller Volksteile untereinander, sei es daß diese sich auf wirtschaftlich-gesellschaftlicher, konfessioneller oder sprachlich-kultureller Grundlage voneinander abheben. Und nicht nur dafür. Es gilt auch für das Verhältnis der europäischen Völker und Kulturen zueinander. Das ist kein wahrhaft europäischer Geist, der mitten durch Europa eine Kampffront ziehen und einen, nur auf die Wahrung seines heutigen Besitzstandes starrenden, in einem „Völkerbund" organisierten Westen einem schwer um sich und künftige Dinge ringenden Osten gegenüberstellen will. Wirklicher Aufbau und neuschöpferische Tat wird nur aus dem Geist der Mitte und der Vermittlung entspringen; aus einem Geist, wie ihn auch die Schweiz, wenigstens zum Teil, noch immer verkörpert.

Es soll sicherlich den Eidgenossen französischer Zunge nicht benommen sein, sich jeder ernsthaften Bedrohung ihres Sprach- und Kulturgutes zu erwehren. Den schweizerischen Bundesstaat von 1848/74 auf die Stufe von 1815, 1803 oder der vorhelvetischen Zeit zurückversetzen wollen, kann aber nicht als taugliches Mittel dazu angesehen werden. Denn das bedeutet praktisch die Verneinung des schweizerischen Staatswesens überhaupt. Ja selbst das eidgenössische Staatswesen auf dem Stand von 1848 und 1874 belassen, nur um nicht an die empfindsame Frage der „Minderheiten" rühren zu müssen, bedeutet schließlich dessen Verneinung. Denn ein Staat, der sich nicht von Zeit zu Zeit in seiner Verfassung den neuen Gegebenheiten anpaßt, versinkt in Erstarrung und endet eines Tages mit Auflösung. Nicht als ob einer weiteren Zentralisierung unseres Staatswesens die Helvetische Republik als Muster vorzuschweben hätte. Jene Art Zentralismus ist ein uns fremdes Gewächs. Wir werden Wege zu gehen haben, die von einer zwangsmäßigen Beeinträchtigung von Andersgeartetem, sei dieses wirtschaftlich-gesellschaftlicher, konfessioneller oder sprachlich-kultureller Natur, gleich weit entfernt sind, wie von einem „Föderalismus" nach Napoleonischer und vorhelvetischer Art, der doch nur dazu bestimmt war, das schweizerische Staatswesen ohnmächtig und damit fremden Machtzwecken dienstbar zu erhalten.

Wie dieser Weg im einzelnen aber auch ausfallen möge, sicher ist, daß sich in der Schweiz von 1848 und 1874 vieles geändert hat und die Verfassungen jener Jahre der Anpassung an neue Gegebenheiten bedürfen. Darum wollen wir auch für jeden Aufruf zur Reform und jede Richtungsweisung, wenn sie nur aus innerer Überzeugung kommt und gleichgültig, ob wir ihr folgen können, dankbar sein. Das soll auch gegenüber Reynold gelten.

Aarau, den 22. April 1929.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Große Ereignisse am grünen Tisch. — Von kommenden Wahlgängen.

Die Zeitungsleser sind jedenfalls zu zählen, die alle die vielen Berichte über die wochenlangen Verhandlungen in Paris und Genf wirklich gelesen haben,

die ihnen da Tag für Tag serviert werden. Ja man sieht auch seit langem schon deutlich genug an der Behandlung dieser Nachrichten durch die Zeitungen selbst, daß sich auch die Herren Redaktoren im allgemeinen sehr wenig darum kümmern. Welchen Reiz bietet es auch, diese kaum von der Stelle rückenden, in der Regel sehr wenig Abwechslung und wenig Spannung bietenden Auseinandersetzungen näher zu verfolgen. Nur wenn sich die Spannungen und Gegensätze jeweilen wieder einmal sichtbar und hörbar entladen, wenn die Parteien aufeinanderprallen und gerade wieder eine der mit tödlicher Sicherheit wiederkehrenden Krisen an der Tagesordnung ist, dann wendet sich diesem diplomatischen Spiele für kurze Zeit wieder einige Aufmerksamkeit zu. Sie flaut aber bald wieder ab.

So begreiflich auch diese allgemeine Interesselosigkeit an und für sich ist, so wenig entspricht sie doch den wirklichen Tatsachen. Denn vor allem in Paris spielt sich ein Kampf ab, der vielleicht für die Entwicklung Europas in den nächsten Jahren entscheidend sein wird. Die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der ganzen Gruppe der Siegerstaaten berührt die Interessen aller Teilnehmer an den Verhandlungen so sehr, daß bisweilen wieder Töne von Paris zu uns herüber dringen, die durchaus an die Zeiten von 1919 und den folgenden Jahren erinnern. Vor mehreren Jahren, nach dem Mißlingen der französischen Zwangspolitik im Ruhrkrieg und dem völligen Zusammenbruch der deutschen Währung sahen sich die Siegerstaaten gezwungen, die bisher unbegrenzten Forderungen an Deutschland im Dawesplan auf bestimmte jährliche Summen zurückzusetzen. Diese Summen hat Deutschland bisher bezahlt, hauptsächlich aus dem Erträgnis seiner amerikanischen Anleihen, durch ein Schuldenmachen im Großen. Dieses Vorgehen hat begreiflicherweise seine Grenzen. Die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Gebefreudigkeit des ausländischen Kapitals bestimmen sie in erster Linie. Heute scheint man sich dieser Grenze zu nähern. Die Folge war die Ansetzung der Pariser Konferenz von Sachverständigen, die einmal den Dawesplan einer Überprüfung und Anpassung an die jetzigen Verhältnisse unterziehen sollte, andererseits überhaupt erst die Gesamtsumme der deutschen Leistungen festsetzen sollte. Mit andern Worten, der Zweck der Pariser Konferenz war die Konsolidierung des Schuldners durch die genaue Abgrenzung seiner Leistungen. Im Laufe der Verhandlungen jedoch zeigte es sich selbstverständlich, daß die „Sachverständigen" jedes Landes ihre eigenen Interessen in erster Linie verfochten und erst darnach sich von sachlichen Gesichtspunkten leiten ließen. Daraus entspann sich ein heftiger Streit zwischen den Gläubigern auf der einen Seite, den Schuldnern auf der andern. Verschärft wurde dieser Streit durch die Gegensätze unter den Gläubigern selbst, bei denen jeder für sich selbst einen möglichst hohen Anteil herausschlagen wollte. Die Amerikaner aber, die den Präsidenten dieser Sachverständigenkonferenz stellten und als Vermittler dienen sollten, erwiesen sich bisher als ihrer Rolle sehr wenig gewachsen, da sie selbst eben von ihrem Guthaben gar nichts nachlassen wollen. Sie bestehen auf ihrem Schein. Da man diese Gegensätze nur allzu gut kannte, hat man sehr lange gezögert, die entscheidenden Fragen in Angriff zu nehmen. Wie richtig das Gefühl war, das sich in dieser Taktik äußerte, das zeigten die letzten Wochen, wo sich beim Anschneiden der Grundfrage sofort unüberbrückbare Gegensätze zeigten. Heute stehen sich Gläubiger und Schuldner schroff gegenüber. Es hat auch die Stimmung nicht verbessert, daß die Pariser Presse gegen die Deutschen sofort in einem Tone loslegte, wie er eben vor Jahren einmal üblich war.

Trotzdem ist anzunehmen, daß man sich wieder an den Verhandlungstisch setzen wird und daß man schließlich zu irgend einem Kompromiß seine Zuflucht nehmen wird. Irgend eine Lösung muß ja gefunden werden und sei es auch nur eine faule. Man wird sich einigen und dabei beiderseits den Hintergedanken habe, bei der nächsten Gelegenheit die ganze Frage von neuem aufzurollen. Ein beruhigender Einfluß wird aber von den Pariser Verhandlungen nicht ausgehen, auch wenn es noch zu irgend einer Einigung kommen sollte. Dem aufmerksamen Beobachter haben sich die in unserm Zeitalter bestehenden

Gegensätze wieder in ihrer alten Schärfe gezeigt. Die Tatsachen haben über die schönen Worte und Spiegelfechtereien gesiegt.

Durch diese Vorgänge ist die Aufmerksamkeit stark auf die innern Verhältnisse Deutschlands gelenkt worden. Daß das deutsche Reich mit starken wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, steht fest. Daß die Finanzlage nicht rosig ist, das weiß man schon lange. Wie stark aber diese Schwierigkeiten sind, das ist umstritten und unsicher. Es wird sich nun bei der Abwehr der Rückwirkungen der Pariser Verhandlungen zeigen müssen. Unklar und unsicher sind nach wie vor die innerpolitischen Verhältnisse. Das Durcheinander der Parteien ohne eine klare Mehrheit besteht eben weiter. Die Folge sind die Schwankungen in den Regierungen der Länder und des Reiches. Nach wie vor wird auch der innenpolitische Gegensatz der Parteien auch auf die Außenpolitik übertragen. Das hat sich auf dem Höhepunkt der Pariser Verhandlungen sofort darin gezeigt, daß die Linkspresse mit dem sozialistischen „Fachmann" für Außenpolitik Breitscheid an der Spitze dem Führer der deutschen Delegation Schacht in den Rücken gefallen ist. Und doch ist Schacht nicht der Mann der Rechten. Es genügte aber, daß er eine Politik trieb, die der Rechten nicht völlig mißfiel, um diese Angriffe auszulösen.

Auf die außenpolitische Lage Deutschlands werfen die Genfer Verhandlungen ein Schlaglicht. Hier streitet man sich über die Abrüstung. Mit einem Minimum von Erwartungen hat man den Verhandlungen entgegengesehen. Zu oft schon hat man das Schauspiel erlebt, daß bei diesen Abrüstungsverhandlungen jeder nur den andern abrüsten möchte, selbst aber alle Möglichkeiten zur Aufrüstung behalten will. Das Mißlingen der Abrüstung aber bedeutet jeweilen auch ein Mißlingen der deutschen Politik. Deutschland als einziger abgerüsteter Großstaat muß natürlich immer die allgemeine Abrüstung verlangen. Dabei aber dringt es niemals auch nur mit einem Teile seiner Forderungen durch. Es bleibt als schwacher Trost nur der öffentliche Nachweis des übeln Willens der Gegenpartei. Wird es diesmal anders gehen? Das ist ganz und gar nicht anzunehmen. Höchstens wird man auf Seite der schwer gerüsteten Mächte ein paar Scheinzugeständnisse machen, um die berufsmäßigen Optimisten zufrieden zu stellen. Im übrigen aber wird fröhlich fortgerüstet werden.

* * *

Inzwischen steht Europa im Zeichen der Wahlen. Hierhin richtet sich denn auch die Aufmerksamkeit der politisch interessierten Kreise in erster Linie. Dänemark hat sein Parlament erneuert. Dabei hat sich die allgemeine Unzufriedenheit über die mißliche Wirtschaftslage und die Hilfslosigkeit der Regierung in einem starken Anschwellen der Stimmen der Linksparteien Luft gemacht. Vielleicht kommt nun eine Regierung zu Stande, die es ernsthaft versucht, Dänemark durch eine völlige Abrüstung aus der Reihe der ernst zu nehmenden Staaten zu streichen.

Bedeutsamer sind die Wahlgänge, die in Frankreich, Belgien und England bevorstehen. Frankreich hat am 5. Mai Gemeindewahlen. Im ganzen Lande werden von der Hauptstadt bis zum kleinsten Dorfe hinunter die Gemeinderäte bestellt. Dabei wird im Gesamtbild gesehen die Frage die sein, ob die vereinigte Linke, Sozialisten und Radikale trotz dem boshaften Dazwischenpfuschen der Kommunisten stark genug sein werden, um der Rechten in ihren verschiedenen Schattierungen Stand zu halten. Die entscheidende Frage der Landespolitik wird also diesmal auf dem Schauplatz der Gemeinde zum Austrag gebracht. Das Ergebnis wird aber nicht eindeutig sein. Die Verhältnisse sind von Landesteil zu Landesteil, von Gemeinde zu Gemeinde viel zu verschieden, um auf einen einheitlichen Nenner gebracht zu werden. Auch spielen rein örtliche und persönliche Fragen bei den Gemeindewahlen eine große Rolle. Man wird also sicher auf beiden Seiten Gelegenheit bekommen, Siege zu bejubeln und über Niederlagen stillschweigend hinwegzugehen. Es wird aber schwer sein, ein unparteiisches Urteil über die Strömung in der Wählerschaft zu erlangen.

Besonderes Interesse verlangen hiebei die Wahlen in Elsaß-Lothringen. Denn hier kommt zum parteipolitischen Gegensatz die große Frage des Auto-

nomismus als Sprengpulver und als meinungsbildende Kraft hinzu. Die schärfsten Kämpfe werden sicher in den großen Städten zwischen Autonomisten und Nationalisten geführt werden. Straßburg, Colmar, Mühlhausen werden heiß umstritten werden. Im ersten Wahlgange werden sich dabei alle die verschiedenen Gruppen des vielgestaltigen elsässischen politischen Lebens um die Sitze bewerben, ohne daß eine obenaus schwingen wird. Die Entscheidung wird erst im zweiten Wahlgange durch die Wahlbündnisse fallen. Es wäre für Frankreich und für Poincaré sehr, sehr unangenehm, wenn die Autonomisten die Mairien in Colmar oder gar in Straßburg besetzen würden. In Colmar wird Rossé den Kampf führen an der Spitze einer Einheitsfront der bürgerlichen Autonomisten. In Straßburg haben die Autonomisten in allen vier Wahlkreisen den in Besancon im 6. Monat im Gefängnis sitzenden Dr. Roos als Spitzenkandidaten aufgestellt. Der 5. Mai wird da manche Überraschung bringen.

Bemerkenswert sind auch die Wahlen in Belgien vom 23. Mai. Hier werden die beiden Kammern des Parlamentes und zugleich die Provinzialvertretungen neu bestellt. Die Regierungskoalition der Katholiken und Liberalen muß sich gegen die sozialistische Opposition wehren. Da beide Gruppen in der Stärke nicht sehr verschieden sind, brauchte es keine allzu große Verschiebung in der Wählerschaft, um die Mehrheit umzugestalten. Es ist aber kaum anzunehmen, daß das der Fall sein wird. Überraschungen kann jedoch das Auftreten der flämischen Nationalisten bringen. Diese Partei tritt seit Kriegsende in Belgien auf, hat es bis jetzt bloß zu einer schwachen Vertretung im Parlament gebracht. Diesmal nun scheint die steigende Unzufriedenheit über die Verweigerung der flämischen Wünsche auf völlige Gleichstellung durch die bisherige Regierung den flämischen Nationalisten viel Wasser auf die Mühlen zu bringen. Es wird ihnen so vielleicht möglich, die Früchte einer vierjährigen Organisations- und Werbearbeit unter Dach zu bringen. Diese Strömung richtet sich gegen alle drei alten Parteien und wird dementsprechend von allen mit der gleichen Erbitterung bekämpft. Es ist aber ein deutliches Zeichen für die große Unsicherheit in dem Lager dieser alten Besitzer der politischen Macht, daß in ihren Reihen mit noch nie gesehenem Eifer über die Lösung der flämischen Frage verhandelt und debattiert wird. Sozialisten und Katholiken haben eigene Rezepte zu dieser Lösung ans Tageslicht gebracht. Mit Versprechungen wird nirgends gekargt. Es wird nun interessant sein, zu sehen, ob diese Spiegelfechtereien, denn um viel mehr handelt es sich nicht, die flämischen Massen wiederum locken werden oder nicht. Wenn die Nationalisten Gewinne machen sollten, so wird daran ihr starker Einfluß unter der Jugend, vor allem unter der Studentenschaft sehr wesentlich mitgewirkt haben. Bereits sieht man überall die jungen, nun im Lande seßhaft gewordenen Akademiker als gute Propagandisten auftreten. So konnten die Nationalisten zum ersten Male in allen flämischen Wahlkreisen ihre Listen aufstellen und zum allgemeinen Ausschwingen antreten. Bei einer wesentlichen Zunahme könnten sie in Zukunft in Belgien das Zünglein an der Wage werden.

Weitaus am wichtigsten wird jedoch der Ausgang der englischen Parlamentswahlen vom 30. Mai sein. Am Ende einer langen Herrschaft verteidigen heute die Konservativen nur noch mit geschwächten Kräften ihre bisher so starke Stellung. Ihnen gegenüber ringt die Arbeiterpartei um die Wiedererlangung der schon einmal innegehabten Macht. Dazwischen aber steht der offenbar doch wieder zu einiger Kraft gekommene Liberalismus. Es erscheint unter solchen Umständen am wahrscheinlichsten, daß sich keine klare Mehrheit mehr ergeben wird. Vielleicht aber ändern Überraschungen der letzten Stunde diese Ansichten noch. Jedenfalls würde das Ausland, etwa mit Ausnahme Frankreichs, heute einem Ende der konservativen Herrschaft nicht sehr nachtrauern. Dafür sind die Erfahrungen mit der englischen Außenpolitik der letzten Jahre zu wenig erfreulich gewesen. Wird aber etwas Besseres nachkommen?

Aarau, den 29. April 1929.

Hektor Ammann.